



antira-Wochenschau vom 29. November 2021

## Abschiebung vor Prozessende, 27 Tote im Ärmelkanal, 50.000 Franken am antirassistischen Black Friday

### **Antirassistischer Rückblick auf eine Woche voller Rassismus und Widerstand:**

- Polizeirassismus: Mehdi wird noch vor Prozessende abgeschoben
- Mindestens 27 Menschen sterben bei Bootsunglück im Ärmelkanal
- Elfenbeinküste: Ausschaffungen für geflüchtete Menschen und Visumsbefreiung für Diplomaten\*innen
- Dem UNHCR fallen Probleme des schweizer Asylregimes auf
- Genf: Antifaschist\*innen gegen Eric Zemmour auf der Strasse
- Frankfurt: Drei Autos der Grauen Wölfe angezündet
- Antirassistische Black Friday Aktion sammelt 50 000 Franken für Halbtaxabos
- Petition gegen automatische Gesichtserkennung
- Druck auf die griechische Regierung ausüben

## Polizeirassismus:

### Mehdi wird noch vor Prozessende abgeschoben

**Mehdi wurde im Juni in Bern Opfer von rassistischer Polizeigewalt. Statt Mehdi zu unterstützen, damit er sich juristisch gegen die Polizei wehren kann, liess der Berner Migrationsdienst den abgewiesenen Asylsuchenden gestern nach Deutschland abschieben. Dabei ist sein Prozess gegen die gewalttätigen Polizist\*innen noch am laufen.**

„Die Behörden schützen sich gegenseitig“ kritisiert das Migrant Solidarity Network den Berner Migrationsdienst, der die Abschiebung organisiert hat, in einer Stellungnahme: „Am 11. Juni 2021 erlebte Mehdi während einer rassistischen Personenkontrolle brutale Polizeigewalt. Polizist\*innen hielten ihn am Boden fest, schlugen ihn und drückten ihm längere Zeit mit dem Knie auf den Hals. Mehdi konnte nicht mehr atmen. Später verlor er das Bewusstsein und wurde reglos in einen Polizeitransporter geworfen. Die Kontrolle endete für ihn mit einem gebrochenen Arm und einem gebrochenen kleinen Finger. Weil Journalist\*innen den Übergriff zufällig beobachtet und fotografiert haben, gab es ein mediales Interesse und die gewaltvolle Polizeiaktion wurde in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Journalist\*innen verfassten zwar Artikel, veröffentlichten Fotos der verstörenden Gewaltszene und besuchten Mehdi im Gefängnis für ein Interview. Juristisch verzichteten die Journalist\*innen jedoch darauf, die Polizei anzuzeigen. Dies mit der Begründung, nicht als Partei in einem Verfahren auftreten zu wollen. Zum Einen wä-

re dies aber nicht notwendig gewesen, da sie im Prozess als Privatpersonen hätten auftreten können und zum Anderen stellt sich die Frage, ob die Journalist\*innen auch auf eine Anzeige verzichtet hätten, wenn es sich bei den Täter\*innen NICHT um die Polizei handeln würde. Wo ist da die Gerechtigkeit für Mehdi? Amtsmissbrauch muss Konsequenzen haben – auch in der Polizeiarbeit.

Der Berner Migrationsdienst nutzte seinen Handlungsspielraum gegen Mehdi und für die Polizei. In körperlich schlechtem Zustand wurde Mehdi unmittelbar nach dem Übergriff in Moutier in Ausschaffungshaft genommen. Die Behörden isolierten ihn nicht nur vom sozialen Umfeld, sondern erschwerten ihm auch den Zugang zu Rechtsvertretenden sowie psychologischer und medizinischer Unterstützung. Mehdis psychischer Zustand hat sich seit dem Übergriff und der langen Zeit in Haft dermassen verschlechtert, dass er versuchte, sich das Leben zu nehmen. Die dringend notwendige psychologische Unterstützung blieben ihm in den 6 Monaten in Haft verwehrt und sein gebrochener Arm wurde ausschliesslich mit Medikamenten behan-

*An mehreren Demos wurde für Gerechtigkeit, Freiheit und ein Bleiberecht für Mehdi protestiert.*



delt. Diese ungerechte Behandlung gipfelte gestern in seiner Abschiebung. Weil Mehdi in Deutschland bereits Asyl beantragt hatte, entschloss sich der Berner Migrationsdienst, die Möglichkeit einer Dublin-Abschiebung zu nutzen. So verhindert er, dass sich Mehdi vor Gericht wirksam gegen rassistische Polizeigewalt wehren kann. Mehdi wurde am 25.11.2021, angeordnet durch den Migrationsdienst, von der Polizei an der Grenze von der Schweiz zu Deutschland aus seiner 6-monatigen Haft entlassen. Ohne Geld, ohne Winterjacke – überhaupt ohne Nichts. In Deutschland droht Mehdi die Abschiebung nach Marokko. Dies nachdem Mehdi das Mittelmeer mit einem Boot überquert und sein Leben riskiert hat, um Marokko zu verlassen. Für Menschen wie Mehdi, Menschen aus dem Globalen Süden, gelten keine Rechte. Mehdi hat auf der Strasse gelebt und nichts besessen. Und trotz all dem, ist es der Poli-

zei und der Behörden gelungen, ihn noch mehr zu entrechten. Mehdi bleibt kein Recht auf Rechte! Das Migrant Solidarity Network verurteilt, dass das geltende (Un-)Recht in der Schweiz und die ausführende Instanzen vorwiegend weisse, privilegierte Menschen mit Aufenthaltspapieren – namentlich die Polizei – schützt. Mehdis Erfahrung zeigt, wie ein rassistischer Apparat schutzsuchende Menschen in unwürdige Lebensbedingungen bringt, ihre Existenz illegalisiert und somit kriminalisiert und sie entrechtet. Wir – Freund\*innen von Mehdi, BIPoC und weisse Menschen, geflüchtete oder in der Schweiz aufgewachsene Menschen – haben die Verantwortung hinzusehen, zu handeln und rassistische Diskriminierungen aller Art – durch die Polizei, das Recht und den Staat sowie in der Gesellschaft – nicht länger zu akzeptieren. Ein Angriff auf eine\*n von uns ist ein Angriff auf alle von uns.“

Die Artikel der antira-Wochenschau beruhen auf dem Medienspiegel der vergangenen Woche. Für eine bessere Lesbarkeit wird hier auf den Abdruck aller Links aus der digitalen Version verzichtet. Die vollständige Wochenschau gibt es auf [antira.org](http://antira.org), [barrikade.info](http://barrikade.info) und per Newsletter. Möchtest du die Printversion der Wochenschau einmal pro Woche in deinen Briefkasten geliefert bekommen? Dann schick uns eine Email mit der gewünschten Lieferadresse an [antira@immerda.ch](mailto:antira@immerda.ch).



## Mindestens 27 Menschen sterben bei Bootsunglück im Ärmelkanal

**Am Mittwoch, den 24. November, geriet ein Schlauchboot auf der Überfahrt von Frankreich nach Grossbritannien in Seenot. Obwohl ein Fischerboot einen Notruf entsandte und daraufhin Rettungsschiffe und Hubschrauber ausgesandt wurden, starben mindestens 27 Menschen. Weitere befinden sich nach wie vor in Lebensgefahr.**

In diesem Jahr haben bereits mehr als 25.700 Menschen den Ärmelkanal überquert. Das sind mehr als dreimal so viele wie im gesamten Jahr 2020. Grund dafür ist unter anderem die Pandemie: Viele, die früher in Lastwagen die Überfahrt versuchten, weichen jetzt auf den Ärmelkanal aus. Die Reaktion der französischen und englischen Regierung war – wie zu erwarten – ekelhaft: Die gesamte Verantwortung wird sog. Schleppern zugeschrieben. Boris Johnson zieht aus dem Bootsunglück folgenden Schluss: «Dies zeigt, dass die Banden, die Menschen in diesen gefährlichen Gefährten aufs Meer schicken, sich von nichts stoppen lassen».

Der Innen-Staatssekretär Grossbritanniens lobt die «gute Arbeit Frankreichs» – sie haben über 20'000 Überfahrten verhindert, Schmuggler verhaftet und sog. «kriminelle Netzwerke» zerschlagen.

Von Politiker\*innen beider Länder wird gefordert, dass Grossbritannien und Frankreich dafür stärker zusammenarbeiten müssen, dies jedoch auch ein «internationales Problem» sei. Der französische Innenminister Gérald Darmanin reagiert folgendermassen: «Ich habe Frontex selbst kontaktiert (...) und gebeten, sich um Nordeuropa zu kümmern».

Dabei wird die Nordküste Frankreichs bereits heute verstärkt kontrolliert: 780 Poli-

zist\*innen sind an der Küste stationiert. London zahlte vergangenen Jahr über 60 Millionen Euro an Frankreich für den Grenzschutz und will nun zusätzlich eigene Beamt\*innen schicken.

Dass die Zahl der Menschen, die versuchen, den Ärmelkanal per Boot zu überqueren, sich im vergangenen Jahr erhöht hat, zeigt, dass keine restriktiven Massnahmen Überfahrten verhindern werden. Die französischen und britischen Politiker\*innen hätten längst darauf kommen können, dass das Problem nicht bei sog. Schleppern liegt. Um zu verhindern, dass der Ärmelkanal zum Friedhof wird – wie es verschiedene Politiker\*innen den Medien gegenüber schön formulierten – bedarf es eines ande-

ren Ansatzes: sichere Fluchtrouten, das Ende des kolonialen, rassistischen und ausbeuterischen Systems.

Eine Frage, die sich angesichts der betroffenen Worte, die französische Innenminister und britische Staatssekretäre nach dem Bootsunglück in die Kamera sprechen, einmal mehr aufkommt: Wie können Politiker\*innen eine menschenverachtende Asylpolitik verfolgen, dessen direkte Konsequenz ebendiese Unglücke sind, und sich gleichzeitig angesichts der Tode auf dem Ärmelkanal dann betroffen zeigen? Andere Reaktionen fanden sich zwischenzeitlich in Calais, wo zahlreiche Personen aus der Zivilgesellschaft eine Mahnwache für die Gestorbenen abhielten.

## Was geht ab beim Staat?

# Elfenbeinküste: Ausschaffungen für geflüchtete Menschen und Visumsbefreiung für Diplom\*innen

**Die Formulierung ist wie immer bei den Länderabkommen luftig: Es sei eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Côte d’Ivoire im Migrationsbereich. So der Wortlaut der Medienmitteilung des SEM anlässlich des Treffens des ivoirischen Innen- und Sicherheitsministers Vagondo Diomandé mit Bundesrätin Keller-Suter in Bern.**

Erstens „hilft“ das Staatssekretariat für Migration den ivoirischen Behörden bei der Steuerung der Migration (wohl nicht nach Europa) und bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Zweitens wird für Diplom\*innen die Visumpflicht aufgehoben. Drittens die Zusammenarbeit im sog. Rückübernahmebereich: Die Verfahren zur Identifizierung und zur Rückübernahme

von laut SEM ‚irregulärer‘ Migrant\*innen in der Schweiz aus Côte d’Ivoire werden formalisiert und damit effizienter. Die Zusammenarbeit richtet sich vor allem gegen Menschen auf der Flucht und Migrant\*innen aus Côte Ivoire. Das Zückerchen geht an Diplom\*innen. Ein weiterer Deal zur Verhinderung von Flucht, mehr Gewalt und noch mehr Rechte für die Reichen.

## Dem UNHCR fallen Probleme des schweizer Asylregimes auf

**Weil die Genfer Flüchtlingskonvention den 70-jährigen Geburtstag feierte, hat das schweizer UNHCR eine Studie zur Umsetzung des Flüchtlingsbegriffs in der Schweiz in Auftrag gegeben. Das Asylregime ist nicht nur zu strikt, sondern auch heterosexistisch.**

Die Studie kommt zum nicht sehr erstaunlichen Schluss, in der Schweiz herrsche eine „sehr restriktive Auslegung des Flüchtlingsbegriffs im Zusammenhang mit Gruppen, die einem Bürgerkrieg entfliehen und leider meistens keinen Flüchtlingsstatus erhalten“. Das UNHCR hätte nicht 70 Jahre warten müssen, um dies festzustellen. So viele Menschen, die aus Afghanistan oder Syrien flohen, erhalten in der Schweiz nur Stress statt Schutz. Wenn in Bürgerkriegsstaaten ganze Gruppen von Menschen verfolgt werden, weil sie der gegnerischen Seite angehören oder dessen verdächtigt werden, erhalten sie in der Schweiz noch kein Asyl. Absurderweise müssen sie den Behörden glaubhaft machen können, dass sie als Person individuell, gezielt als Teil einer Gruppe verfolgt wurden, sonst erhalten sie in der Schweiz kein Asyl. Das UNHCR versucht die SEM-Logik so zu erklären: „Beispielsweise wurde das Haus einer syrischen Familie von der Regierung oder einem anderen Akteur bombardiert, weil dort Anhänger der geg-

nerischen Seite vermutet wurden. Da die Betroffenen jedoch keine gezielte Verfolgung belegen können, erhalten sie in der Schweiz regelmässig nur eine F-Bewilligung“ Menschen mit F-Bewilligung werden in der Schweiz aber strukturell-rassistisch diskriminiert oder in den UNHCR-Worten: „Diese Menschen haben einfach nicht die gleichen Chancen, sich zu integrieren“. Vor allem müssen sie das Land verlassen, sobald die Behörden finden, die Situation im Herkunftsstaat sei wieder zumutbar. Das UNHCR kritisiert die offizielle Schweiz auch für ihre „enge Interpretation des Flüchtlingsbegriffs bei Personen, die einer bestimmten sozialen Gruppe angehören, wie beispielsweise Kinder, Personen die sexuelle Gewalt erlitten haben, oder LGBTIQ-Personen. Zwar wurden in dieser Hinsicht auf gesetzlicher Ebene Fortschritte erzielt, insbesondere im Hinblick auf Frauen, doch die Praxis bleibt in Bezug auf andere Gruppen nach wie vor sehr restriktiv“.

# Genf: Antifaschist\*innen gegen Eric Zemmour auf der Strasse

**Um gegen den gegen den Auftritt des rechten Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour zu protestieren, gingen in Genf mehr als 2'000 Menschen auf die Strasse. Eric Zemmour wurde von der lokalen reaktionären Bourgeoisie nach Genf eingeladen. Das Treffen musste aufgrund des öffentlichen Drucks halb versteckt ausserhalb des Zentrums von Genf stattfinden.**

Auch die Polizei war auf der Strasse präsent mit Kastenwagen, Hubschraubern, Wasserwerfern, Kontrollen beim Bahnhof und durch Polizist\*innen in Zivil. Doch nicht aus antirassistischen Gründen, sondern um sicherzustellen, dass der rechte Präsidentschaftskandidat aus Frankreich ungestört bleiben kann. Im Stadtzentrum erklärte sich zwar zuerst das Hilton-Hotel bereit, Zemmour unterzubringen, doch nachdem dies bekannt wurde, musste das Hotel aufgrund einer Bombendrohung evakuiert werden.

In Frankreich wird derzeit viel über die Kandidatur des ultrarechten Eric Zemmour

gesprochen. Das seine Umfragewerte gut sind, ist alarmierend. Sein Erfolg ist weniger auf ihn als auf den seit mehreren Jahrzehnten andauernde Rechtsrutsch zurückzuführen. Ein Zemmour hätte es heute nicht so leicht, wenn es vor ihm keine Sarkozys, Valls, Freysingers oder Blochers gegeben hätte.

Da der Rassismus der Ultrarechten längst salonfähig geworden ist, wurde in Genf zurecht nicht auf den Staat gewartet, der die Kandidatur Zemmours hätte verbieten können. Antifaschismus wird nicht durch Dekrete, sondern auf der Strasse durchgesetzt. Antifa bleibt Handarbeit.



# Frankfurt: Drei Autos der Grauen Wölfe angezündet

**Vor dem Hauptsitz des ATF (Almanya Türk Federasyon) in Deutschland brannten drei Autos. Die ATF ist der Dachverband der sogenannten grauen Wölfe, dem ultranationalistischen, rassistischen und gewalttätigen Flügel der türkischen Regierungspartei AKP.**

In Deutschland und der Schweiz sind tausende Anhänger\*innen in hunderten lokalen Vereinen und in Dachverbänden organisiert. Die „Türk Federasyon“ propagiert eine Überlegenheit des Türkentums und träumt vom „Grosstürkischen-Reich Turan“. In den 80er und 90er Jahren haben die „grauen Wölfe“ bewaffnete Aktionen



*Wolfsgruss ist Symbol der Grauen Wölfe.*

in Deutschland durchgeführt, hierbei kam es zu Toten und Verletzten. So wurde die Anwältin Seyran Ateş bei einem Attentat auf eine Frauenberatungsstelle 1984 in Berlin schwer verletzt und ihre Mandantin Fatma getötet.

Seit der Regierungsbeteiligung der MHP in der Türkei bemühen sie sich in Deutschland um ein bürgerliches Auftreten. Doch es sind mörderische Strukturen wie diese, welche immer wieder Widerständige und Andersdenkende bedrohen. Fidan Doğan, Sakine Cansız und Leyla Şaylemez wurden 2013 in Paris von „Grauen Wölfen“ in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst MIT ermordet. Zahllose weitere Morde und Angriffe gehen auf das Konto dieser paramilitärischen Truppen.

## Was nun?

### Petition gegen automatische Gesichtserkennung

Ein Bündnis von AlgorithmWatch CH, Amnesty International und Digitale Gesellschaft kritisiert die Ausbreitung von automatischer Gesichtserkennung. In der Schweiz mangle es an gesetzlichen Schranken gegen diese Art der Überwachung. Erste Polizeibehörden setzen bereits auf die umstrittene

Technologie. Einmal an die vorhandene Videoüberwachung gekoppelt, ermöglichen Gesichtserkennungssysteme eine weiträumige Massenüberwachung. Deshalb hat das Bündnis eine Petition gestartet.

<https://www.gesichtserkennung-stoppen.ch/#petition>



## Antirassistische Black Friday Aktion sammelt 50 000 Franken für Halbtaxabos

**Wegen der Konsumparty Black Friday kostete das Halbtax-Abo der SBB diese Woche die Hälfte. Das Migrant Solidarity Network schlug vor den Black Friday antirassistisch zu nutzen, um viele Halbtax-Abos für abgewiesene Asylsuchende zu kaufen. In fünf Tagen kamen über 50 000 Franken zusammen.**

Die 50.000 Franken ermöglichen hunderten von abgewiesenen Asylsuchenden konkret mehr Mobilität und Selbstbestimmung. Ohne Halbtax reichen die 8-10 Franken Nothilfe pro Tag fast nie, um der geographischen Isolation der abgelegenen Camps mit dem Zug oder dem Bus nur ansatzweise zu entkommen. Ohne Halbtax können sich abgewiesene Personen zudem nicht ausweisen. Überall, wo 3G verlangt ist, werden sie trotz COVID-Impfung oder COVID-Testresultat ausgeschlossen, weil sie sich nicht ausweisen können. Das erhöht die ohnehin grosse soziale Isolation.

„Gemeinsam können wir die rassistische staatliche Diskriminierung von illegalisierten Personen herausfordern“ schreibt das Migrant Solidarity Network als Reaktion. Ein Halbtax erleichtere es, der Zermürbung durch das Nothilferegime ein wenig zu entfliehen. Das Spendenkonto bleibt auch über die Black Friday-Aktion hinaus offen.

Bleiberecht Bern

3000 Bern

IBAN: CH72 0900 0000 6024 4887 5

Vermerk: «Halbtax-Aktion»



# Druck auf die griechische Regierung ausüben

**Seit beinahe zwei Monaten haben ca. 60 Prozent der Menschen in den Asyllagern auf dem griechischen Festland keinen Zugang zu ausreichend Nahrung gehabt.**

Dies geschieht vor dem Hintergrund eines im Oktober 2021 in Kraft getretenem Gesetz, nach welchem die griechische Regierung keine Leistungen mehr für Personen erbringt, deren Asylantrag angenommen wurde.

Zusätzlich hat die griechische Regierung seit zwei Monaten notwendige Leistungen in Form von Bargeld an 34.000 Menschen im griechischen Asylsystem nicht erbracht. Zuvor war die Ausgabe des Geldes vom UNHCR verwaltet worden, am 1. Oktober übernahm jedoch die griechische Regierung die Verwaltung. Mit verheerenden Folgen.

„Kinder müssen hungrig zur Schule gehen, kranke Menschen bekommen keinen Bus, um sich medizinisch versorgen zu lassen, und Familien haben keine Mittel, um sich auf einen kalten Winter vorzubereiten“, so eine Mitarbeiterin des International Rescue Committee.

Ein afghanischer Vater dreier Kinder beschreibt: „Wenn ich nichts esse, ist das in Ordnung, aber ich kann meine Babys nicht hungrig zurücklassen“.

Bereits Ende Oktober war von mehreren NGOs auf die nicht hinnehmbare Situation hingewiesen worden. Die Regierung mach-

te öffentliche Zusicherungsbekundungen, doch einen Monat später hat sich noch immer nichts an der Lage geändert.

Nun fordern 27 NGOs dringende Maßnahmen zur Bewältigung der wachsenden Hungerkrise von geflüchteten Menschen, welche durch die die Tätigkeiten und gleichzeitige Untätigkeit der griechischen Regierung herbeigeführt wird. Die Forderungen lauten u.a.

- Wiederaufnahme der Bargeldvergabe zu einer politischen Priorität machen;
- Bereitstellung von Nothilfe, z. B. in Form von Grundbedarfsgütern oder Gutscheinen, die in Geschäften oder für den Transport eingelöst werden können, für Asylbewerber, die zuvor Bargeldhilfe erhalten haben;
- Sicherstellung, dass Bargeldzahlungen, die in den vergangenen Monaten nicht an Asylbewerber geleistet wurden, nach Einführung des neuen Systems geleistet werden;
- Verteilung von angemessenen und nahrhaften Nahrungsmitteln an alle Menschen in den Lagern, unabhängig davon, ob sie anerkannte Flüchtlinge oder Asylbewerber sind oder ob ihr Antrag abgelehnt wurde.

## **Hell Bells für Eidgenossistan**

Spätestens seit Bundesrat Ueli Maurer im „Freiheitstrychler“-Gewand seinen rechtspopulistischen Auftritt hatte, sind die Trychler\*innen in aller Munde. Seit Monaten tauchen sie an Schwurbeldemos auf und bringen Verschwörungsgläubigen und Rechtslibertären die (reaktionäre) Kraft der Urschweiz. Kling, Glöcklein, klingelingeling für Eidgenossistan? Eine kleine Rundschau.

Megafon, Die Zeitschrift aus der Reitschule Bern, Nr. 473 Nov 2021

<https://barrikade.info/article/4842>

## **Dokumentarfilm: Der Ast, auf dem ich sitze – Ein Steuerparadies in der Schweiz**

Wie Zug auf Kosten armer Länder reich wurde, zeigt der Dokumentarfilm von Luzia Schmid.

<https://filmzentralschweiz.ch/filme/der-ast-auf-dem-ich-sitze/>

<https://www.infosperber.ch/wirtschaft/konzerne/wie-zug-auf-kosten-armer-laender-reich-wurde/>

## **Das SEM und die Taliban: Planlos zu Afghanistan**

Im Sommer 2021 fiel ganz Afghanistan an die Taliban. Interne Dokumente des Bundes zeigen: Das Staatssekretariat für Migration war unvorbereitet, reagierte langsam und wollte die Anzahl der Anträge auf humanitäre Visa und Asyl gering halten.

<https://daslamm.ch/planlos-zu-afghanistan/>

## **Flüchtlingspolitik: «Frontex verfolgt eine Salami-taktik»**

Der deutsche EU-Parlamentarier Erik Marquardt (Grüne) ist Mitglied eines Ausschusses, dem die Aufsicht über die Grenzschutzagentur Frontex obliegt. Ein Gespräch über deren Arbeitsweise und das Schweizer Referendum gegen ihren Ausbau.

<https://www.woz.ch/2147/fluechtlingspolitik/frontex-verfolgt-eine-salami-taktik>

# antira.org

**solange wir nicht alle sind**

## **Wer ist antira.org?**

antira.org ist ein Zusammenhang von herrschaftskritischen Antirassist\*innen in der Deutschschweiz. Wir sind autonom vernetzt, bezahlen keine Löhne und leben von solidarisch-widerständiger Arbeitszeit. Wir sind offen für Menschen, die unsere politischen Analysen, Ziele und Mittel teilen. Aktuell wird antira.org von weiss-sozialisierten Personen betrieben. Wir wollen rassistische Privilegien nutzen, um Rassismus zu bekämpfen. Dennoch sehen wir uns von Rassismus (mit-)geprägt und versuchen unsere Sozialisierung und Position innerhalb der rassistischen Gesellschaft kritisch und intersektional zu reflektieren. Für die Ausrichtung von antira.org finden wir es wichtig, im Austausch und Dialog mit nicht-weissen Personen und Zusammenhängen zu stehen und würden es begrüßen, wenn schwarze oder PoC-Kompliz\*innen bei antira.org mitmachen würden. Wann immer möglich, nehmen wir auch Berichte und Analysen von BPoC-Personen, Kollektiven oder Strömungen auf. Bitte schickt uns solche Texte, Berichte, Analysen, Veranstaltungshinweise etc. an [antira@immerda.ch](mailto:antira@immerda.ch).

Bildquellen: #1 <https://www.eurotopics.net/cache/images/2/272192-5x3-topteaser1260x756.jpg?582CE> #2 [https://migrant-solidarity-network.ch/wp-content/uploads/2021/10/signal-2021-10-25-152902\\_003-1024x768.jpeg](https://migrant-solidarity-network.ch/wp-content/uploads/2021/10/signal-2021-10-25-152902_003-1024x768.jpeg) #3 <https://www.eurotopics.net/cache/images/2/272192-5x3-topteaser1260x756.jpg?582CE> #4 <https://renverse.co/local/cache-gd2/65/c592cbcf9a4b60ec6e1e25daf2e9a1-resp1080.jpg?1637874268> #5 <https://img.luzernerzeitung.ch/2020/10/6/529717d7-4a09-45bd-903d-d05d6b8d2f9b.jpeg?width=1360&height=883&fit=bounds&quality=75&auto=webp&crop=1279,830,x0,y0> #6 <https://migrant-solidarity-network.ch/wp-content/uploads/2021/11/Screenshot-2021-11-22-at-13-26-26-Tolle-Angebote-bei-Interdiscount.png>